

SPAREN WIR DOCH DIE ARBEITSLOSIGKEIT EIN!

Christian Winkler

Letztendlich ist Arbeitslosigkeit die Folge von fehlenden Arbeitsplätzen und sie tritt „vom Willen der Arbeitslosen unabhängig in Erscheinung“. Somit bleibt die Frage, wer eigentlich von der Arbeitslosigkeit profitiert, wer hält daran fest, wer hat Interesse daran, dass es so viele Arbeitslose gibt? Das sind nicht bloß rhetorische Fragen, weil letztendlich nichts dauerhaft Bestand hat, wenn nicht auch jemand davon profitiert.

Um die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu verringern müssen mehr Arbeitsplätze entstehen. Da greift allein die Arbeitsmarktpolitik zu kurz. Qualifikationen verbessern und Integrationsunterstützung sind sehr wichtige Teile im Anpassungsprozess an immer neu entstehende Herausforderungen. Aber es löst das Problem keinesfalls, wenn dem Arbeitsmarktservice letztlich nichts anderes übrig bleibt als „das Betroffenheitsrisiko zu verteilen“, oder zu bewirken, dass nicht immer die selben Menschen arbeitslos sind. Viele der Integrationsmaßnahmen führen im niedrigqualifizierten Bereich dazu, dass andere ArbeitnehmerInnen ersetzt werden.

Die Politik muss vor allem in wirtschaftlich strukturelle Richtung (Steuern, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Innovation, ...) vorgehen, da und dort braucht es auch individuell ansetzende Maßnahmen (Qualifikation, Flexibilität, Existenzgrundlage,). Steuerreformen, die massive Steuerentlastungen für Unternehmen ohne Bindung an Investitionen bringen, die den Faktor Arbeit nicht entlasten, die die enorm gestiegenen Kapitalvermögen nicht stärker = gerecht besteuern oder, die Entlastungen für die ArbeitnehmerInnen durch andere Belastungen wieder gegen finanzieren, führen dazu, dass die Verteilung zu den Reichen anstatt zu den Armen erfolgt. Arbeitsplätze schaffen durch:

A) Wirtschaftlich strukturelle Richtung

- **Förderung der Innovation:** Bei Investitionen in nachhaltige, zukunftsfähige, umwelt- und menschengerechte Technologien, erneuerbare Energiequellen und Energiesparmaßnahmen können mit wenig zusätzlichem Geld können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Erhalt veralteter Technologien hingegen kostet viel.
- **ausgleichende Steuerpolitik:** Gerechte Verteilung der Steuerlast auf Kapital, Unternehmen und Arbeit. Bei den Unternehmenssteuern Entlastung des Faktors Arbeit statt dessen insgesamt aufkommensneutral stärkere Besteuerung des Ressourcenverbrauches oder der gesamten Wertschöpfung. Stärkere, daher gerechtere Besteuerung der Vermögen und der Finanzerträge. Diese zusätzlichen Einnahmen müssen in den sozialen und den Bildungssektor investiert werden, da dort kein Produktivitätsfortschritt zu erzielen ist.
- **Bildung und Ausbildung:** Das Pflichtschulsystem muss so weiterentwickelt werden, dass nicht ein Teil der SchulabsolventInnen als ungeeignet für die Lehrausbildung abqualifiziert wird. Investition in FacharbeiterInnenausbildung und Anpassung an den technologischen Standards sichern das Qualitätsniveau des Wirtschaftsstandortes. Klagen über Fachkräftemangel sind die Folge dessen, dass diese (oder andere) Betriebe Jahre zuvor meist aus Profitinteressen bei der Ausbildung eingespart haben.
- **Arbeitszeit verringern:** Der Produktivitätsfortschritt erfordert Arbeitszeitverkürzung. Dies kann generell (mit Lohnausgleich) sowie durch Abbau von Überstunden, geförderte Elternteilzeit, Weiterbildungszeit oder Sabbatjahre erfolgen. Zusätzliche Arbeitsplätze könnten aus dem Ersparnis der Aufwände für die Arbeitslosigkeit gefördert werden.
- **Soziale Dienstleistungen und Gesundheitsvorsorge:** Staatlicher Förderungen bedürfen soziale Dienstleistungen, da der Markt diese nicht allen Menschen gleichermaßen bereitstellen kann. Besonders in der Pflege älterer Menschen aber auch bei der Kinderbetreuung gibt es genügend Arbeit, die durch die Umverteilung des Produktivitätsfortschrittes aus dem Produktionssektor finanziert werden können. Die Anhebung der Lebensarbeitszeit erfordert spezielle Gesundheitsvorsorgemaßnahmen in belastenden Berufen.

B) Individuell ansetzende Maßnahmen

- **Verbesserung der Qualifikation:** Erforderlich sind ausreichende und angepasste Umschulungsmaßnahmen um einerseits mit dem Technologiefortschritt mitzuhalten und andererseits Arbeitskräfte entsprechend dem Strukturwandel zu qualifizieren.
- **Soziale Kompetenzen:** Psychosoziale Unterstützung bei individuellen Problemlagen und angepasste Qualifizierung ermöglichen die Re-Integration von längere Zeit arbeitslosen Menschen in den Arbeitsprozess. Somit wird ihnen eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht und die Teilhabechancen an der Gesellschaft erhöht.

Mit Auszügen aus:

Wolfgang Kessler: Weltbeben – Auswege aus der Globalisierungsfalle, 2004.

Christian Winkler ist Geschäftsführer der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung Linz

4020 Linz, Stifterstr. 28
Tel: 0732 / 78 13 70
Fax: 0732 / 798 13 70 4

christian.winkler@dioezese-linz.at
www.dioezese-linz.at/einrichtungen/arbeitslosenstiftung